

Antrag, Rechnungen und Zahlungsbelege bitte an die Untere Denkmalschutzbehörde einsenden.  
Bitte beachten Sie das Informationsblatt.

Landkreis Potsdam-Mittelmark  
Untere Denkmalschutzbehörde  
Niemöllerstraße 1  
14806 Bad Belzig

Aktenzeichen: \_\_\_\_\_  
(wird von der Unteren Denkmalschutzbehörde ausgefüllt)

**Antrag auf Ausstellung einer Bescheinigung**  
**Nach § 22 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz des Landes Brandenburg (BbgDSchG)**  
**Vom 24.05.04 zur Anwendung der §§ 7 i (Denkmalgebäude), 10 f, 10 g und 11 b**  
**Einkommensteuergesetz (EStG)**

<b>Eigentümer</b>	<b>Antragsteller</b>
Name, Vorname	Name, Vorname
Anschrift	Anschrift
Telefon/Fax/E-Mail	Telefon/Fax/E-Mail

Eigentümer       Vertreter des Eigentümers       Sonstige Verfügungsberechtigte

**als Anlage beigefügt**

Eigentumsnachweis       Vertretungsvollmacht

Die endgültige Bescheinigung kann erst nach Abschluss der Maßnahme – in Fällen von §§ 10 f Abs. 2 und 11 b EStG auch für einzelne abgeschlossene Bauabschnitte ausgestellt werden.

Dazu benötigt die Untere Denkmalschutzbehörde die vollständigen Rechnungen im Original, zusammen mit einem Verzeichnis der einzelnen Rechnungen nach anliegendem Muster. An die Originalrechnung ist der Zahlungsbeleg<sup>1</sup> anzuheften.

Die Nummerierung der Rechnungen und des Verzeichnisses muss übereinstimmen (Punkt 4).

<sup>1</sup> Als Zahlungsbeleg gilt insbesondere Kontoauszug oder Zahlungsvermerk.

### 1. Maßnahme

Die Maßnahme betrifft ein

- Baudenkmal
- Gebäude als Teil eines Denkmalbereiches
- Sonstiges Denkmal (§10g) .....(näher beschreiben)

Adresse des Objektes (Ort, Straße, Haus-Nr.)

Anzahl der Gebäude auf dem Grundstück \_\_\_\_\_  
(bei mehreren Gebäuden ist eine getrennte Antragstellung erforderlich)

- davon Vorderhaus
- davon Remise
- Sonstiges .....

Anzahl der Wohneinheiten \_\_\_\_\_

Anzahl der Gewerbeeinheiten \_\_\_\_\_

### 2. Bezeichnung der Baumaßnahme und Genehmigungen/Erlaubnisse und Abstimmung

Bezeichnung der Baumaßnahme/n/ Bauabschnitte

### 3. Zeitraum der Baumaßnahme

\_\_\_\_\_   
 Begonnen (Jahr)

\_\_\_\_\_   
 Beendet (Jahr)

Wohn-/Nutzflächen

vor Beginn der Baumaßnahme/n		nach Beendigung der Baumaßnahme/n	
Wohnfläche	_____m <sup>2</sup>	Wohnfläche	_____m <sup>2</sup>
Nutzfläche	_____m <sup>2</sup>	Nutzfläche	_____m <sup>2</sup>

#### 4. Aufstellung der Kosten

Rechnungen bitte nach Gewerken oder Bauteilen ordnen und fortlaufend nummerieren. Den geltend gemachten **Rechnungsbetrag** bitte hier aufführen. Die Rechnungen sind anzufügen. Zur Auflistung der Rechnungen verwenden Sie bitte die Anlage 1 (Tabelle).

Summe der Rechnungen (Nr. 4) in €
-----------------------------------

Wegen Insolvenz des Bauträgerunternehmens ist die Vorlage der Schlussrechnung nicht möglich (Gutachten eines bzw. einer Bausachverständigen sowie Nachweis/Beleg Insolvenz sind beigelegt).

Eigentümer (Antragsteller/Antragstellerin) ist vorsteuerabzugsberechtigt.

An die Finanzbehörde abgeführte Umsatzsteuer nach § 13 b UStG: \_\_\_\_\_ €

#### 5. Funktionsträgergebühren im Sinne des BMF-Schreibens vom 20.10.2003 (BStBl I S. 546)

Summe der Gebühren/Kosten für Funktionsträgergebühren: \_\_\_\_\_ €

#### 6. Generalüber/-unternehmerverträge Bauträger

ja

nein

#### 7. Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln

Falls Zuschüsse von einer für Denkmalschutz oder Denkmalpflege zuständigen Behörde und anderen Einrichtungen gewährt worden sind, bitte hier auflisten:

Zuwendungsgeber	Auszahlungsdatum	Betrag in €
Gesamt:		

**Summe der Zuwendungen (Nr. 7) in €**

--

**Beantragter Betrag** (Summe der Rechnungen abzügl. der Zuwendungen: Nr.4 – Nr.7) in €

--

**8. Erklärung des Antragstellers<sup>2</sup>**

Es wird erklärt, dass die Angaben in dieser Antragstellung wahrheitsgemäß nach bestem Wissen und Gewissen sowie vollständig gemacht, die angegebenen Kosten tatsächlich entstanden sind.

-----  
Ort, Datum

-----  
Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers

Anlage: Rechnungsübersicht / Exceltabelle (Anlage 1), Rechnungen, Zahlungsnachweise

---

<sup>2</sup> Die mit dem Antrag auf Ausstellung einer Bescheinigung angeforderten Daten werden aufgrund der Bescheinigungsrichtlinie (Runderlass des MWFK vom 22. Oktober 2017) und Abgabenordnung erhoben. Wir weisen Sie des Weiteren darauf hin, dass eine Mitteilungspflicht der Behörde bei Erkennen einer Steuerstraftat an das Bundeszentralamt für Steuern oder der zuständigen Finanzbehörde besteht